Einzelnummer 40 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S. und den Bezirk Merseburg.

Nummer 251

5. Jahrgang.

Bezugspreis: Monatlich 6.– Mk. und 1.– Mk. Beitellgebühr; durch die Ausgabestellen 6,50 Mk. mit Abholegebühr. Durch die Post bezogen monatlich 7.– Mk.; im Vierteljahr 21.– Mk.

Erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend"

Anzeigenpreis: Das Millimeter im achtgespaltenen Anzeigenteil kostet 70 Pfg.; Reklame im dreigespaltenen Textteil 3.– Mk. Schluß der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Brauhausstraße 17, Halle a. S. Fernruf-Nr. 6802. Sprechzeit vormittags 11–12 Uhr.

Halle, Mittwoch, den 26. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Gr. Ulrichstr. 27. Halle a. S. Fernruf-Nr. 5407. Postscheckkonto Erfurt Nr. 11092

Der Reichstag entscheidet heute.

Wirth von neuem zur Kabinettsbildung aufgefordert. — Zentrum und Sozialdemokraten die beiden einzigen Regierungsparteien.

Berlin, 25. Oktober. (WTB.) Der Reichspräsident richtete heute nachmittag 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können.

Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. Die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz der Alliierten in der oberschlesischen Frage gefällt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen und unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustande zu bringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gepflogenen Verhandlungen eingedrängt, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwendet worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Absagen zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden.

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Tatkraft und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrichtig ergebener

Ebert.

Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

*

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt dazu:

Nicht nur die von vielen angestrebte große Koalition ist gescheitert, auch die alte Koalition ist in Trümmer gegangen. Wie bei dem Friedensschluß in Weimar, so hat sich auch diesmal die demokratische Fraktion, Deutschlands jämmerlichste Partei, von der Verantwortung gedrückt. Zentrum und Sozialdemokraten werden, wenn nicht in letzter Stunde noch eine Aenderung eintritt, die neue Regierung bilden. Reichskanzler Wirth hat sich stark gemacht, am Mittwoch mittag 12 Uhr dem Reichstage sein neues Kabinett vorzustellen. Dem Parlament bleibt es dann überlassen, dieses Kabinett aus Zentrum und Sozialdemokraten, die nur eine Minderheit im Reichstage vertreten, sofort zu stürzen, oder ihm durch die Annahme der oberschlesischen Entscheidung und durch die Entsendung der Bevollmächtigten zu den Wirtschaftsverhandlungen einstweilen ein Dasein zu ermöglichen. Man rechnet damit, daß die neue Regierung Wirth mit Hilfe der Unabhängigen, die ausdrücklich ihre Unterstützung zugesagt haben, und mit vereinzelten bürgerlichen Stimmen außerhalb des Zentrums, eine schwache Mehrheit finden wird.

Der Dienstag sah im Reichstage, wo die Fraktionen in Permanenz tagten, und die Parteiführer geschäftig in die Wilhelmstraße eilten zum Reichspräsidenten und zurück, ein wirres Durcheinander. Erst in den späten Abendstunden hob sich durch das Verantwortlichkeitsgefühl der Sozialdemokraten und des Zentrums heraus, was werden soll.

Der Brief, den die Deutsche Volkspartei im Laufe des Tages an den Reichspräsidenten richtete, war eine üble Leistung. Sein Inhalt, der vertrauliche Verhandlungen beim Reichspräsidenten vor die Augen der Entente brachte, war beinahe Landesverrat, jedenfalls eine außenpolitische Dummheit ersten Ranges. Dabei muß man stark bezweifeln, ob der Entschluß, gegen etwaige Zwangsmaßnahmen der Entente Widerstand zu leisten, bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten so groß ist, wie sie vorgeben. Bisher hat sichs noch immer gezeigt, daß die besitzenden Schichten, die hinter diesen beiden Parteien stehen, am ehesten den Mut verloren haben. Die Sozialdemokraten haben von Anfang an abgelehnt, große Worte zu machen, hinter denen keine Taten stehen können. Vielleicht wird das nicht überall im Volke verstanden, vielleicht neigen gefühlsmäßig manche dem schroffen Nein-Standpunkt der Demokraten und der Volkspartei zu, wie ja auch Hunderttausende in den vergangenen Monaten sich den Deutschnationalen zugewendet haben, aber das kann unser Handeln nicht bestimmen. Wir wollen uns, dem Volke und der Wahrheit treu bleiben. Deshalb haben wir uns von allen großen Gesten ferngehalten, tragen die Verantwortung und tun unsere Pflicht.

Diese Pflicht wird noch schwerer werden als im bisherigen Kabinett. Diese Minderheitsregierung wird die größten Schwierigkeiten vor sich sehen. Sie muß in Zeiten wachsender Teuerung, steigender Verelendung und großer Enttäuschungen im Volke an die unpopulärste Gesetzgebung, an ein riesenhaftes Steuerwerk herantreten. Die zwei Regierungsparteien und der ihnen wohlwollende Neutrale von links müssen dann ihre Feuerprobe ablegen. Die Volkspartei und auch die Demokraten geben ihre Hoffnung auf die große Koalition nicht auf. Die Aussichten für den Block von Stresemann bis Scheidemann sind aber nie geringer gewesen als in diesen Tagen.

Landesverrat der Volkspartei.

„Telegraphen-Union" meldete gestern:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschloß in der Nachtsitzung auf heute einstimmig die Ablehnung der Genfer Entscheidung und der Entsendung von Sachverständigen. Sie wird ihren Beschluß mit Begründung dem Reichspräsidenten in einem Briefe mitteilen."

Dieser Brief lautet nach den Veröffentlichungen der Nationalliberalen Korrespondenz:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei nahm gestern abend zu den Verhandlungen beim Reichspräsidenten Stellung. Die Fraktion beschäftigte sich dabei vor allem mit der Haltung, die von einer neu zu bildenden Regierung gegenüber der oberschlesischen Frage eingenommen werden soll. Die Fraktion hat in der oberschlesischen Frage unverrückt an dem Standpunkt festgehalten, daß die Entsendung eines Kommissars zu den Wirtschaftsverhandlungen nach dem Wortlaut der Mantelnote die Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung in sich schließe, und daß daran auch durch eine Rechtsverwahrung nichts geändert werde. Die Fraktion war der Auffassung, daß Regierung und Reichstag unter diesen Umständen deutlich erklären müßten, daß sie die Bedingungen der Entente, die uns deutsches Land entreißen und selbst in dem uns verbleibenden Oberschlesien die deutsche Souveränität teilweise aufheben, nicht annehmen können und daß dies gegenüber der Entente klar zum Ausdruck gebracht werden müsse.

In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Ueberzeugung, daß eine Grundlage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß

die Entente unter Umständen durch Zwangsmaßnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der oberschlesischen Entscheidung zu bringen versuche.

Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmaßnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt die für die neue Regierungsbildung in Betracht kommen, und deshalb bestehe die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der oberschlesischen Frage einige, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entständen. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsbildung nicht beteiligen. Dieser Vorschlag bedeutet aber

keineswegs eine Absage an den Gedanken der großen Koalition,

dem zuliebe die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. Sie betrachtet jedoch die an sich bedeutsamen Fragen der inneren Politik, die bei einer Koalition zu berücksichtigen waren, nicht vom Standpunkte einseitiger Parteipolitik, sondern von dem Standpunkte aus, daß hierüber eine Verständigung unter allen Umständen gesucht werden müsse. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Besitz- und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. **Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die oberschlesische Frage handelt. Hier geht es um mehr als Spa, hier geht es um mehr als beim Ultimatum, denn jetzt handelt es sich nicht um Kohlenlieferungs- oder um Goldleistungen, sondern es handelt sich um deutsches Volk und deutsches Land. Wenn wir diese Vergewaltigung mittelbar oder unmittelbar hinnehmen, dann ist das Ende dessen, was man uns noch weiter an Unrecht und Gewalt antut, nicht abzusehen.**

Deshalb konnte die Deutsche Volkspartei in dieser Frage nur einer Formel zustimmen, die die Ablehnung deutlich aussprach und mußte sich, nachdem diese Formel in diesem Sinne nicht gefunden wurde, von den Verhandlungen zurückziehen.

*

Die Deutsche Volkspartei hat das kurze Gastspiel, das sie in der interfraktionellen Sitzung der Koalitionsparteien gab, mit einem schmutzigen Streich beendet. Jedermann weiß, daß solche interfraktionellen Besprechungen, zumal wenn es sich dabei um Fragen der auswärtigen Politik handelt, nicht anders als vertraulich geführt werden können. Was für ein Zustand wäre es, wenn nach solchen Verhandlungen jedesmal die Vertreter einer bestimmten Partei, weil ihnen dies und jenes nicht paßte, vor die Oeffentlichkeit träten, um Aeußerungen, falsch oder richtig, wiederzugeben, die von Vertretern anderer Parteien im Vertrauen auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen gemacht worden sind? Und schon gar, wenn es sich um große Schicksalsfragen der auswärtigen Politik handelt. Die Verfassung erklärt die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten für vertraulich, es dürfen ihnen nicht einmal Abgeordnete, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, beiwohnen, damit sich die Parteien hier auch offen über Dinge aussprechen können, deren öffentliche Erörterung dem Reich Schaden bringen könnte. Was für den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten gilt, muß natürlich sinngemäß auch für interfraktionelle Besprechungen gelten, in denen es sich um die auswärtige Politik handelt.

Die Deutsche Volkspartei hat es trotzdem fertig gebracht, unter schwerem Vertrauensbruch einen Bericht über die vertrauliche Sitzung zu veröffentlichen, die am Abend des 24. September beim Reichskanzler stattgefunden hat. Sie hat das getan in der parteitaktischen Absicht, vor schlecht unterrichteten Wählern ihre „nationale Gesinnung" glänzen und sich vom schwarzen Hintergrund des sozialdemokratischen Verhaltens abheben zu lassen. Eine prachtvolle „nationale Gesinnung"!

Was in Wirklichkeit geschehen war, geht trotzdem für jeden denkfähigen Leser aus der volksparteilichen Erklärung klar genug hervor. Die Deutsche Volkspartei hatte in der oberschlesischen Frage ein Verfahren vorgeschlagen, das, wie sie selber sagt, zu neuen Zwangsmaßnahmen der Entente führen konnte. Die Sozialdemokraten haben darauf mit vollem Recht geantwortet, daß es gerade vom nationalen Standpunkt aus unverantwortlich sei, neue Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk zu provozieren, da eine Abwehr unmöglich sei. Sie haben es mit Recht abgelehnt, sich an einem so gewissenlosen Spiel mit den Interessen des deutschen Reichs zu beteiligen, und jeder verständige Mensch in Deutschland ohne Unterschied der Partei kann ihnen für diese Haltung nur Dank wissen.

Die Volkspartei hat aber ihren Vertrauensbruch begangen, um das Volk glauben zu machen, daß die berühmte „nationale Abwehrfront" an dem Verhalten der übrigen Parteien, d. h. natürlich besonders der Sozialdemokratie, gescheitert sei. Sie verläßt sich darauf, daß gedankenlose Menschen das Schlagwort von der nationalen Abwehrfront für einen rettenden Begriff halten werden, obwohl in Wirklichkeit garnichts hinter ihm steckt. Denn die Abwehr von Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wird, wollen doch nicht bloß die sich großartig gebärdenden nationalistischen Schreier, wir wollen sie alle, und der Unterschied ist der, daß wir ernstlich die Interessen des deutschen Volkes im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten vertreten, während es den nationalistischen Schreiern nur darauf ankommt, sich durch eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0001

unsinnige, die Interessen des Reiches schädigende Phrasenpolitik der Wählerschaft in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Ist es also der Deutschen Volkspartei nicht gelungen, der Sozialdemokratie zu schaden, so hat sie es desto besser fertig gebracht, die Interessen des Reiches durch ihren Vertrauensbruch schwer zu schädigen. Sie haben die Karten der deutschen auswärtigen Politik vor dem Gegner offen auf den Tisch geworfen und damit die schwere Aufgabe unserer Unterhändler bei den bevorstehenden Verhandlungen noch weiter erschwert. Ihre „nationale" Politik läuft darauf hinaus, den Verhandlungsgegner im voraus davon zu unterrichten, mit welchem Gegenzug sein eigner Zug von deutscher Seite beantwortet werden oder auch nicht beantwortet werden wird. Subjektiv haben diese Burschen freilich nichts anderes gewollt, als ihr Parteisüppchen kochen, objektiv haben sie eine Handlung begangen, die dem Landesverrat gleichzusetzen ist.

So weit haben wir es also gebracht. Statt daß man die Regierung Wirth in Ruhe gelassen und ihr die Möglichkeit gegeben hätte, sachlich über die zur Wahrung der deutschen Interessen notwendigen Schritte zu beraten, hat man ein Chaos geschaffen, einen Scherbenhaufen, auf dessen Spitze nationale Waschweiber prahlerisch aus Lumpen, was in vertraulichen Beratungen über eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes beschwoben worden ist. Alle Feinde Deutschlands dürfen diesem Schauspiel hochlachend zusehen. Soweit hat es der politische Schwachsinn des deutschen Bürgertums gebracht.

Heute Reichstagssitzung.

Berlin, 25. Oktober. (W.T.B.) **Der Aeltestenrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch 12 Uhr mittags festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.**

•

Das von Dr. Wirth zu bildende Reichskabinett wird sich Berliner Morgenblättern zufolge aus Politikern ohne Ansehen der Partei zusammensetzen, die geneigt und guten Willens sind, die Politik des Reichskanzlers zu unterstützen. Das Zentrum sowohl als auch die Sozialdemokraten haben ihren Mitgliedern des früheren Kabinetts freigestellt, in das neue Kabinett Wirth einzutreten. Unbestimmt ist noch das Verhalten der Demokraten. Der „Voss. Ztg." zufolge sollen von den demokratischen Ministern Dr. Rathenau und Dr. Geßler bleiben, aber als Fach- und nicht als Parteiminister. Reichsjustizminister Dr. Schiffer ist vom Reichskanzler ersucht worden, das Justizministerium beizubehalten. Er hat sich seine Entscheidung vorbehalten. Der bisherige Außenminister Dr. Rosen scheidet aus dem Kabinett. Es gilt als sicher, daß der Reichskanzler selbst das Ministerium des Aeußern verwalten wird. Der Posten des zum sächsischen Gesandten in Berlin ernannten bisherigen Ministers des Innern Dr. Gradnauer ist Dr. Köster angetragen worden, der dem Kabinett Hermann Müller kurze Zeit als Außenminister angehört hat. Das Finanzministerium hat der Reichskanzler dem Staatssekretär im Finanzministerium Dr. Zanf angeboten, der parteipolitisch der Deutschen Volkspartei angehört. Der Reichskanzler wird im Reichstage eine Erklärung über die Politik des neuen Kabinetts abgeben und am Schluß seiner Erklärung dem Reichstage die Frage vorlegen, ob er diese Politik billige oder nicht. Es wird also dem Reichstag überlassen sein, sich für dieses Programm oder ein anderes zu entscheiden.

Was soll Heinze dabei?

Berlin, 25. Oktober. (W.T.B.) Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze zu sich gebeten.

Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des morgigen Vormittags zustande kommt, sodaß es sich dem Reichstag, der morgen nachmittag um 1 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentritt, wird vorstellen können.

Nationalsozialisten und Erzbergermord.

Die „Münchener Post" nimmt den Putsch des Exkaisers Karl zum Anlaß, die engen Beziehungen zwischen dem Führer der bayerischen Nationalsozialisten Hitler zu den österreichischen Karlisten, zu den Erzbergermördern, zum Polizeipräsidenten Poehner, zum Kappisten Ehrhardt, der im Hauptquartier der Nationalsozialisten unauffällig photographiert worden ist, zum Führer des Freikorps Oberland Hauptmann von Kessel, zu Dr. Ruge und schließlich zu Ludendorff aufzudecken. Als Hauptgeldgeber dieser Mordclique bezeichnet unser Parteiorgan einen in Berlin wohnenden Amerikaner, der durch einen Großindustriellen zur Unterstützung der Bewegung veranlaßt wurde.

Im Frühjahr d. J. wurden in einer Ausschuß-Sitzung der Nationalsozialisten Pläne zur Ermordung Erzbergers beraten. Erzberger war damals zu einem Vorrag nach München geladen, und bei dieser Gelegenheit sollte die Mordtat ausgeführt werden. Man wurde sich aber über die Rollenverteilung unter den Nationalsozialisten nicht einig. Die größten Hetzer versuchten andere Mitglieder zu der Tat vorzuschieben. Die Herren, die an dieser Sitzung teilgenommen haben, sind unserer Partei wohlbekannt. Man hat auch einen Plan beraten zur Ermordung des Reichsministers Rathenau. Zur Ausführung dieser Tat sollten einige Leute nach Berlin geschickt werden. Zum Schluß sagt die „Münchener Post", die jetzige Regierung und die Polizeidirektion werden beide erklären müssen, ob sie zu Herrn Hitler und seinem Verbande ebenfalls Beziehungen unterhalten, wie Poehner sie mit den Kappisten gepflegt hat. — Wir haben sichere Anhaltspunkte dafür, daß Organe der Staatsverwaltung im alten Sinne tätig sind.

Verdienste der Hohenzollern.

Wilhelm von Doorn besetzt vor dem Kriege auch im Ausland wertvolle Villen, Besitzungen usw. Neben der Besitzung Achilleion auf Korfu gehörte auch die Villa Falconieri in Frascati (Italien) zu diesen schönen Objekten. Auf Grund des Vertrages von Versailles ging der Privatbesitz aller deutschen Fürsten entschädigungslos an die einzelnen Siegerstaaten über. Aber auch die fürstlichen, königlichen und kaiserlichen Besitzungen in den abzutretenden Gebieten wurden nach diesem System kostenlos „übernommen". Das sind zusammen fast allein bei Wilhelm dem Letzten erhebliche Objekte. Besitzt er doch nicht nur eine Farm in Südwestafrika, sondern auch große Güter in der abgetretenen Provinz Posen, in den abzutretenden Teilen Oberschlesiens und Schlösser, z. B. die Hohkönigsburg im Elsaß usw.

Der gewöhnliche Untertan wird meinen, Wilhelm werde diese Verluste zu tragen wissen. Wir haben ja alle für den „herrlichen Krieg" opfern müssen. Zudem hat der Herr von Doorn noch soviel Privateigentum, daß ihm jene Verluste materiell nicht allzusehr schmerzen. Aber weit gefehlt.

Auf Grund des Friedensvertrages muß die deutsche Regierung den deutschen Bürgern, denen in den abzutretenden Gebieten und auch sonst Konzessionen, Vermögen oder andere Besitzrechte enteignet worden sind, diese entschädigen. Die vormalige Krone ist nun der Auffassung, daß sie auch zu „den Bürgern" gehört, die entschädigt werden müssen! Gelänge es ihr, diesen Standpunkt durchzusetzen, dann müßte jetzt das Deutsche Reich z. B. Wilhelm von Doorn für die ihm eben — wie die Zeitungen melden — von der italienischen Regierung abgenommenen Villa Falconieri in Frascati entschädigen. Auch für seine übrigen Auslandsverluste müßte er Hunderte von Millionen Mark bekommen. Er will sie auch haben, er hält es für so selbstverständlich, daß darüber Bestimmungen nicht einmal in dem inzwischen vom Preußischen Landtag abgelehnten Vergleichsentwurf aufgenommen worden waren. Die Hohenzollern verstehen es, sich Verdienste zu verschaffen.

Aus der Schweiz ausgewiesen, in Ungarn interniert.

Budapest, 25. Oktober. (W.T.B.) Das Ergebnis der gestrigen Beratung der Vertreter der Großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tihany am Plattensee zu internieren. Da er sich bedingungslos ergeben hat, können die bereits gemeldeten sieben Bedingungen, die ihm von der ungarischen Regierung gestellt worden waren, als angenommen gelten.

Bern, 24. Oktober. (W.T.B.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihr Gefolge auszuweisen, mit Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Voraussichtlich wird auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. In Betracht kommen u. a. Erzherzog Max, Bischof Dr. Seidl, Oberst Kammerherr Lobkowitz, Flügeladjutant von Sonntag, Hauptmann von Bergmann und Frau, Generaldirektor von Steiner.

Neue Syndikate.

Zwei sehr wichtige Syndikate sind im Entstehen begriffen, nachdem die Zwangsbewirtschaftung für ihre Erzeugnisse aufgehoben ist. Wir hatten schon berichtet, daß das Zuckersyndikat die Interessenten zusammenfassen wird, um preisregelnd und den Absatz ordnend einzugreifen. Nach den neueren Berichten scheint diese Syndikatsbildung unter Dach und Fach zu sein, und die Konsumenten werden sehr bald erfahren, was ihnen bei dieser neuen Zwangswirtschaft bevorsteht. Ein zweites, nicht minder wichtiges Syndikat bildet sich durch einen Zusammenschluß der Steinsalzwerke. Hier liegt indirekt ein Druck der Regierung vor, die den Zusammenschluß gefordert hat, um die Interessenten für die Verbrauchsabgabe zu einer zweckmäßigen Organisation zusammenzuschließen. Die Verbrauchsabgabe führte bisher bei einer Gleichmäßigkeit zu einer harten Belastung derjenigen Unternehmungen, die ungünstig in ihrer Produktion standen und bevorzugte die besser gestellten. Die Regierung hat den Interessenten nahegelegt, die Salzabgabe selbst auf ihre Betriebe umzulegen je nach der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und dabei zugleich auch die Absatzgebiete zu regeln, um möglichst Frachtersparnisse eintreten zu lassen. Wir dürfen in einem Zustandekommen dieses Salzsyndikats wohl den ersten Versuch sehen in der Durchführung eines Steuersyndikats. Die Regierung würde dann von dem Syndikat einen bestimmten Betrag nach der Höhe seines Umsatzes als Steuer fordern, aber, wie schon bemerkt, die Umlage dieser Steuer den Interessenten selbst überlassen. In diesem Falle wird man gegen diese Art der Steueraufbringung nichts einwenden können. Nur scheint es uns verfehlt, zu glauben, daß für alle Industrien eine ähnliche Organisation in der Steueraufbringung durchführbar wäre. Immerhin der erste Versuch bei einer Industriegruppe, die gewisse günstige Bedingungen bietet, wird Gelegenheit bieten, Erfahrungen zu sammeln über die Ausdehnung einer solchen Steuerumlage auf andere Industrien.

Notizen.

110 sozialistische Mandate in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Nach endgültiger Feststellung erhielten die sozialistischen Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen 110, die bürgerlichen 115 Mandate.

Haussuchung bei den Kommunisten. Auf Grund richterlichen Ersuchens fand gestern eine Durchsuchung in der Zentrale der Kommunistischen Partei in Berlin statt. Hierbei versuchte der Reichstagsabgeordnete Braß einem der Polizisten ein beschlagnahmtes Aktenstück zu entreißen. Er wird sich, wie schon angekündigt wird, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

Das thüringische Staatsministerium bereitet ein Notgesetz vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Dafür soll der Bußtag wegfallen und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden.

Opfer der Stürme. Der dänische Dampfer Elvsund ist Montag nacht mit 15 Mann Besatzung und zwei Fahrgästen im Kattegat untergegangen. An der Küste von Seeland sind mehrere Leichen an Land getrieben. Auch wird von zahlreichen Wracks gemeldet, die an die Küste trieben.

Die Markedenterin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege
von Erckmann-Chatrian.

(12. Fortsetzung.)

Er führte mich hinaus und schloß die Vorhänge. Der Mauser ging im Zimmer auf und ab; er hatte ein rotes Aussehen und sagte: „Das, Herr Doktor, ist eine brave Frau, eine honette Frau . . . sei sie Republikanerin oder was sonst; nur ein Lump könnte anders von ihr denken." — „Ja," antwortete der Onkel, „es ist eine edle Natur; ich habe es ihr sogleich angesehen. Sie ist glücklich, daß Friget sich des Kindes erinnert hat. Die arme Frau war in großen Sorgen. Jetzt ist's mir klar, warum der Name Hans immer in ihren Phantasien vorkam. Es wird jetzt alles besser gehen, alles wird besser gehen; die Tränen erleichtern."

Sie gingen miteinander auf den Hausgang hinaus, und ich hörte sie noch auf der Schwelle des Hauses von diesen Dingen reden. Und als ich mich hinter den Ofen setzte und mir die Backen mit dem Aermel trocknete, sah ich plötzlich den Hund neben mir, der mich freundlich anblickte. Er legte mir die Pfote auf das Knie und fing an, mir zu schmeicheln. Zum ersten Male nahm ich wahrlich seinen dicken Krauskopf in meine Arme. Es kam mir vor, als wären wir schon lange gute Freunde, und als könne ich niemals Angst vor ihm gehabt.

Als ich nach einer Minute die Augen wieder erhob, gewahrte ich den Onkel, der eben hereintrat und mich aufmerksam betrachtete. „Du siehst, Fritzel, wie gern Dich das arme Tier hat," sagte er; „jetzt wird er Dir folgen; er hat gesehen, daß Du ein gutes Herz hast."

Mit es ist wahr, der dicke Tage ging der Pudel freundlich mit mir, ja, er folgte mir wachsam durch das ganze Dorf, was mich noch höher machte als den Zaser Schmied seine Kanonenkugel. Er legte sich neben meinem Stuhle nieder, um meine Füße abzutrocknen, und tat alles, was ich von ihm verlangte.

Sechstes Kapitel.

Es hörte diesen Tag und die folgende Nacht nicht auf zu schneien. Jedermann dachte, daß die Wege in den Bergen dadurch unzugänglich geworden seien, und daß man also weder Ulanen noch Republikaner mehr werde zu sehen bekommen. Aber ein kleines Ereignis zeigte den Leuten die traurigen Folgen des Krieges und mahnte sie an das Elend dieser Welt.

Es trat dies den Tag zuvor ein, ehe die Frau wieder zu sich kam, zwischen acht und neun Uhr morgens. Die Küchentüre stand offen, um die Wärme in das Wohnzimmer hereinzulassen. Ich stand an Lisbeths Seite, die neben dem Herde Butter rührte, und wenn ich den Kopf drehte, sah ich den Onkel, der an dem weißen Fenster saß, im Kalender las und von Zeit zu Zeit lächelte. Der Hund Scipio saß neben mir aufrecht und ernst und gähnte melancholisch, während ich alle Augenblicke von dem Rahm schleckte, der über das Butterfaß herausquoll.

„Aber Friget," sagte Lisbeth, „was denkst Du denn? Wenn Du allen Rahm ißt, so bekommen wir keine Butter."

Im Zimmer tickte die Uhr langsam; draußen war gänzliche Stille. Darüber war eine halbe Stunde vergangen, als sich Stimmen auf der Straße hören ließen; dann öffnete sich die Türe des Hausganges und schneebeladene Füße stampften auf den Steinplatten des Vorplatzes. Der Bürgermeister Meyer trat herein, die Pudelkappe über die Ohren gezogen, an der vorn und hinten Troddeln hingen, mit bereiftem Mantelkragen, die Hände bis an die Ellenbogen in Pelzhandschuhen steckend.

„Guten Tag, Herr Doktor, guten Tag," sagte der dicke Mann. „Ich komme im Schneewetter; aber es muß eben sein, es muß sein." Dann schüttelte er seine Handschuhe, die mit seiner Schnur um seinen Hals hingen, nahm seine Mütze ab und sah an:

„Herr Doktor, es liegt ein armer Teufel in Rehbocks Holzhall hinter der Metzgerbrücke. Es ist ein Soldat, vielleicht ein Korporal, vielleicht auch ein Hauptmann, ich weiß es nicht genau. Er wird sich wohl darin versteckt haben, um während des Treffens ruhig zu sterben. Es muß ein Augenschein und ein Protokoll über seinen Tod aufgenommen werden, ich weiß aber nicht zu verifizieren, an was der Mann gestorben ist; das geht über meine Amtsbefugnis." — „Ganz wohl, Bürgermeister," entgegnete der Onkel, der sich erhob; „ich komme, aber wir brauchen noch einen Zeugen." — „Michel Fürst steht draußen," sagte der Bürgermeister, „er wartet vor der Türe. Was das für ein Schnee ist, was für ein Schnee! Bis an die Knie, Herr Doktor! Das wird dem Samen gut bekommen und den Truppen Seiner Majestät, die jetzt Winterquartiere beziehen werden. Gott segne sie! Mir ist's lieber, sie beziehen dieselben gegen Kaiserslautern zu als hier herum; man hat nie einen besseren Freund im Quartier als sich selber."

Der Onkel zog seine Stiefel und seinen Wintermantel an, setzte seine Fischottermütze auf und sagte darauf: „Ich stehe zu Diensten!"

Sie gingen, und obwohl mich Lisbeth inständig bat, da zu bleiben, so hatte ich nichts Eiligeres zu tun, als mich fortzustehlen und ihrer Spur zu folgen. Es hatte mich eine verteufelte Neugierde ergriffen; ich wollte den Soldaten sehen.

Onkel Jakob, der Bürgermeister und Fürst wandelten allein die stille Straße hin; aber wo sie vorübergingen, zeigten sich Gestalten hinter den Scheiben an den Fenstern und man hörte aus der Ferne Türen öffnen. „Da muß was Besonderes vorgefallen sein," dachten die Leute, als sie den Bürgermeister, den Arzt und den Flurschützen miteinander gehen sahen; mehrere traten aus ihren Häusern heraus, kehrten aber, da sie nichts entdeckten, alsbald wieder zurück.

Rehbocks Haus war eines der ältesten im Dorf, mit Scheuern, Ställen und Schuppen, hinten rechts aufs Feld hinaus, lauter ganz bemooste Strohdächer. Als sie dort angekommen waren, traten der Bürgermeister, Fürst und der Onkel hinein in den kleinen dunklen Hausgang mit seinen zerbrochenen Steinplatten. Ich schlich ihnen nach, sie sahen mich nicht. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0002

Kartoffelkrieg.

Von der preußischen Landtagsfraktion wird dem „Soz. Parlamentsdienst“ geschrieben:

Der Kartoffelkrieg geht im Lande lustig weiter; nur Kartoffeln sind zu angemessenen Preisen nicht zu haben. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen hat der bisherige Verlauf der Kartoffeldebatte im Preußischen Landtag deutlich die Schuld der Agrarier an den hohen Preisen ergeben. Der deutschnationale Abgeordnete Krüger hat zwar alle Schuld der Landwirtschaft weit von sich gewiesen und mit sittlicher Entrüstung der Revolution, dem Friedensvertrag und der Tatsache, daß die Eisenbahn im Staatsbesitz ist (deshalb soll die Wagengestellung ungenügend sein), die Schuld gegeben, doch selbst der Vertreter des Landwirtschaftsministeriums hat durch seine Ausführungen das Gegenteil bewiesen. Der Regierungsvertreter stellte zunächst fest, **daß mit 75 Prozent einer normalen Ernte gerechnet werden könne, von einer Mißernte könne keine Rede sein.** Ebenfalls wies er den Vorwurf zurück, daß die Eisenbahn nicht genügend Waggons gestellt habe: Die Waggongestellung sei ungefähr dieselbe wie im Vorjahr. Daß es die Landwirte sind, die die Kartoffeln zurückbehalten, ging daraus hervor, daß der Regierungsvertreter erklärte: „An anderen Stellen sind Richtpreise festgesetzt worden. Das führte dazu, daß die Landwirte der Umgegend zunächst keine Kartoffeln mehr lieferten und diese nach den Nachbargebieten gingen.“ Diese Verhältnisse sind nach Pressemeldungen **tatsächlich**, z. B. in Braunschweig, dessen Regierung einen **Richtpreis festgesetzt** hat, eingetreten.

Zur weiteren Beweisführung diene folgendes: Der Abgeordnete **Graf zu Stolberg-Wernigerode** (D. Vp.) erklärte **bei der Beratung eines Antrages** über Frachtenermäßigung für Ostpreußen, „daß Ostpreußen in den eigenen Vorräten erstickt und zu leben aufhört, die Industrie sowohl wie die Landwirtschaft,“ und Abgeordneter **Meyer-Bielefeld** (Dn.) sagte bei der Kartoffeldebatte, daß in Ostpreußen „etwa 50 Güterzüge, die zur Hälfte mit Kartoffeln beladen sind, stehen“. In diesem selben Ostpreußen, das „in den eigenen Vorräten erstickt“, in welchem Kartoffeln im Ueberfluß vorhanden sein müssen, wurde der Preis auf über 50 und 65 Mark für den Zentner Kartoffeln getrieben; teilweise wurden Klagen laut, daß überhaupt keine Kartoffeln erhältlich sind. Wie die Deutschnationalen über die Kartoffelpreise denken, geht aus einer Aeußerung des deutschnationalen **Wormit** im Landtag am 11. Okt. hervor, der zunächst zugab, daß in Ostpreußen Preise von 50 Mark und darüber bezahlt würden und dann sagte: „Die Kartoffeln gehen in die westlichen Industriegebiete — und wenn sie das inhibieren wollen, dann möchte ich fragen, was die Arbeiter im Westen machen sollen, wenn sie keine Kartoffeln bekommen, **wo sie doch imstande sind, derartige Preise zu zahlen!**“

Daß jedoch von dieser Regierung der „Fachminister“ nichts zu erwarten ist, ging aus den Aeußerungen des Regierungsvertreters hervor. Unser Genosse **Limbertz** hatte den Vorschlag gemacht, das **Zwangsumlageverfahren sofort einzuführen. Dies wurde von der Regierung abgelehnt.** Der Regierungsvertreter konnte lediglich die Einrichtung von Preisprüfungsstellen, Förderung der Produktion (!), was allerdings in diesem Jahre nichts nützen kann, usw. in Aussicht stellen und schließlich empfahl er den Abschluß von Lieferungsverträgen. Doch wurde ihm sofort in einem Zwischenruf entgegengehalten, daß abgeschlossene Verträge nicht einmal gehalten worden sind. Nachdem der Herr Regierungsvertreter an die Landwirtschaft appelliert hatte, führte er aus, daß **„auch an die Vertreter der Verbraucherschaft die Mahnung gerichtet werden müsse, daß ein jeder darauf hinwirkt, nicht diejenigen Preise zu zahlen, die mit Recht angegriffen werden“.** — Wir möchten gern wissen, was der Regierungsvertreter sich eigentlich dabei gedacht hat. Nachdem er selbst festgestellt hatte, daß Kartoffeln zu festgesetzten Richtpreisen nicht zu haben seien, bittet er die Verbraucherschaft, nicht so hohe Preise zu zahlen, um Kartoffeln zu erhalten. Das sind billige Redensarten, die aber keine Kartoffeln herbeischaffen und die Bevölkerung kann sich damit nicht zufrieden geben. Wir müssen jedenfalls verlangen, daß der Ernährungsminister Hermes und der preußische Landwirtschaftsminister nunmehr schleunigst mit Zwangsmaßnahmen vorgehen, um die Bevölkerung vor der wucherischen Ausbeutung durch die Landwirtschaft zu schützen, da sonst die Gefahr bestehen würde, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe greift.

Aus aller Welt.

Ein Millionenbetrug mit Frachtbriefen. Einem groß angelegten Betrug sind Beamte der Ueberwachungsstelle Stettin auf die Spur gekommen. Die Firma Wollstein in Magdeburg erließ vor einiger Zeit in allen größeren Zeitungen Inserate, in denen Kartoffeln in größeren Mengen zum Kauf angeboten wurden. Die Firma wurde mit Aufträgen überhäuft. Eine bekannte Kartoffelgroßhandelsfirma bestellte zwanzig Waggons und ließ durch Akkreditiv einer Bank in Brandenburg über 400 000 Mark überweisen, die gegen Vorlegung der Duplikatsbriefe und der nötigen Ausweise gezahlt werden sollten. Die Beträge wurden abgeholt, aber Kartoffeln hat die Firma nicht erhalten. Die Papiere waren gefälscht. Beamte der Ueberwachungsstelle stellten fest, daß der Prokurist der Firma Wollstein, Schneider, flüchtig ist. Die Bücher ergaben, daß Schneider auf diese Weise sehr große Beträge erhalten hat. Wie hoch die Betrügereien sind, ließ sich noch nicht feststellen.

Schneefall im Thüringer Wald. Bei einer Kälte von drei Grad fiel gestern und heute Nacht, wie uns ein Privattelegramm aus Gotha berichtet, Schnee. Die Grenze des Schneefalles reicht bis an den Gebirgsabhang.

Schiffbrüchige in der Nordsee. Die Rettungsstation Munkmarsch auf Sylt der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 23. Oktober abends von einem Fischerboot zwei Personen durch das Motorrettungsboot Carl Laeiß der Station gerettet.

Ins Meer gefallen. Ein Flugzeug, das die französische Küste entlang flog, fiel in der letzten Nacht ins Meer. Nachforschungen waren infolge des Seegangs unmöglich.

Protestkundgebung!

Die Genfer Entscheidung in der oberschlesischen Frage ist ein bitteres Unrecht. Sie wurde gefällt nur unter dem Gesichtswinkel der Ententeinteressen. Sie kann deshalb keine schweigende Duldung finden. Alle Schichten der Bevölkerung werden durch die angedrohten Verluste in ihren Lebensmöglichkeiten auf das Schwerste bedroht. Der

Verband heimattreuer Oberschlesier

der politisch vollkommen neutral ist, ruft zu einer

Massenkundgebung!

auf, die Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 4¼ Uhr auf dem Hallmarkte stattfinden soll. Der Verband richtet an sämtliche Betriebe die Bitte, an diesem Tage in der Zeit von 4—5 Uhr zu schließen, um die Macht der Kundgebung zu unterstützen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften der Welt.

Die Augustnummer der Internationalen Arbeitsrundschau, der Monatsschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachweisungen, welche die Gewerkschaften den Regierungen ihrer Länder machten, oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verläßlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, **daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genügen mußten.** Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Länder für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	— (1)	476 000	750 000
Australien	498 000	628 000	684 000
Belgien	200 000	715 000*	920 000
Bulgarien	30 000	36 000	36 000**
Dänemark	152 000	360 000	400 000
Deutschland	4 513 000	11 900 000	13 000 000
Finnland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000**
Griechenland	— (1)	170 000	170 000**
Indien	—	500 000*	500 000
Italien	972 000	1 800 000	3 100 000
Japan	—	247 000	247 000**
Kanada	176 000	378 000	374 000
Niederlande	189 000	457 000	683 000*
Neuseeland	72 000	83 000	83 000**
Norwegen	64 000	144 000	142 000
Oesterreich	260 000	803 000	830 000
Polen	— (1)	350 000*	947 000
Portugal	— (1)	100 000	100 000**
Rumänien (alt. Geb.)	10 000	75 000	90 000
Rußland	—	3 639 000	5 220 000
Serbien	9 000	20 000	20 000**
Südafrika	5 000	60 000	60 000**
Spanien	— (1)	876 000	876 000
Schweden	136 000	338 000	400 000*
Schweiz	95 000*	200 000*	292 000
Tschechoslowakei	— (1)	1 301 000	2 000 000
Ungarn	115 000*	212 000	343 000
Verein. Königreich (Großbrit.-Irl.)	4 173 000	8 024 000	8 024 000**
Vereinigte Staaten von Amerika	2 722 000	5 607 000	5 179 000
Zus. (30 Länder)	16 152 000	42 040 000	48 029 000

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 v. H. auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; sechs Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, während es in den anderen 24 Ländern deren nur 8¾ Millionen gab. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigten Staaten und Frankreich, weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 v. H. der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Ueberblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern; und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Bestehen Vorurteile gegen Margarine zu Recht?

Das vor dem Kriege vielfach bestehende Vorurteil gegen Margarine ist heute kaum noch anzutreffen. Das ist auch gerechtfertigt, nachdem besonders die deutsche Margarine-Fabrikation nur die allerfeinsten Rohstoffe verwendet. Die Margarine, vorzugsweise die Fabrikate der Firma Bergisch-Märkische Margarine-Werke F. A. Isserstedt in Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf (eine der bedeutendsten und ältesten der Branche), bieten dem Publikum jede Gewähr für eine tadellose Beschaffenheit der Ware. Besonders sei auf die Spezialmarke „Cobu“, eine garantiert reine Cocos-Pflanzenbutter, aufmerksam gemacht, worüber die Inserate in der „Volksstimme“ weiteren Aufschluß geben. „Cobu“ eignet sich nicht nur zum Backen und Braten, sondern auch zum Brotaufstrich.

Kleines Feuilleton.

Die wahre Liebe.

Wahrer Liebe gilt bekanntlich das Seelenheil
Immer weit höher, als das bloß irdische Teil.
Ist's nun nicht besser, die Deutschen im Burgenland sterben,
Als daß sie sich etwa bei Oesterreich Knallrot färben?
Denn dieses Land ist ja eine ††† Republik
Und treibt vielleicht bald wieder ††† sozialistische Politik.
Horthy dagegen ist
Zwar ein Mörder, doch immerhin Monarchist,
Und seiner weißen Banden Opfer enden
Wenigstens unter christlichen Händen.
Also, folgert die „Deutsche Tageszeitung“
Samt allen Blättern mit echter deutsch-völkischer Leitung,
Darf man die Ungarn keineswegs vertreiben,
Nein, sie müssen als Herren im Lande bleiben.
Und gar die Deutschnationale Volkspartei
Springt mit ein paar Leutnants dem blutigen Horthy bei.
Sage, wurde wohl jemals, so lang' es ein Deutschtum gibt,
Es mit so brennender Liebe gehegt und geliebt?

Peter Michel.

Der Besuch des Vorstandes des Deutschen Städtetages bei der Ufa in Tempelhof.

Von den U. T. Lichtspielen wird uns ein Bericht zur Verfügung gestellt, in welchem es u. a. heißt:

Die in Berlin weilenden Mitglieder des Deutschen Städtetages, „ungefähr achtzig an Zahl“, waren heute Nachmittag als Gäste der Universum-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) in Tempelhof, um dort die Fabrikationsbetriebe der **Ufa**, das Gelände, sowie die auf dem Gelände errichteten Bauten in Augenschein zu nehmen. Die Besichtigung begann mit einem Rundgang durch die Ateliers, in denen gerade eine interessante Szene aus dem neuen Ufafilm, „Se. Exzellenz zvon Madagaskar“, mit Eva May in der Hauptrolle, vom Oberregisseur Jacoby gedreht wurde. Dann begaben sich die Herren auf das Gelände der alten „Anna Boleyn“-Stadt, auf dem inzwischen die Opernhausbauten für den letzten Pola-Negri-Film „Sappho“ und die holländischen Bauten für den Lotte-Neumann-Film „Der ewige Kampf“ von Dr. Krack entstanden sind. Die kleinen, freundlichen holländischen Häuser, die nach Originalen vom Architekten Reppach errichtet worden waren, fanden den ungeteilten Beifall der Beschauer. Durch die Golemstadt ging es dann nach dem Negerdorf auf Madagaskar, wo die Teilnehmer des Städtetages auf der großen Freitreppe der Residenz des Negerfürsten für die kommende Mesterwoche gefilmt wurden. Nach einer kurzen Kaffeepause wurden von der Kulturabteilung in den Vorführungsräumen Teile des Städtefilms „Groß-Berlin“ vorgeführt, der demnächst den Anfang zu einem Filmarchiv der Stadt Berlin bilden soll. — Mit einigen Worten, die Direktor Grau und Intendant v. Gerlach an die Versammelten über die deutsche Filmindustrie im allgemeinen und die Produktion der Universum-Film-A.-G. (Ufa) im besonderen richteten, schloß die alle Teile sehr befriedigende Besichtigung. Die beiden Sprecher wiesen mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Fortentwicklung der deutschen Filmindustrie, die direkt und indirekt vielen Hunderttausenden im Deutschen Reiche Arbeit und Brot gibt, auf einem wirtschaftlich kräftigen deutschen Lichtspieltheatergewerbe basiert. Ein lebensfähiges Lichtspieltheatergewerbe könne aber nur dann existieren, wenn die Lustbarkeitssteuergesetzgebung der Städte nicht erdrosselnd auf das Gewerbe einwirkt.

Es steht zu hoffen, daß die Eindrücke, die seitens der Stadtoberhäupter von dem Wesen der deutschen Filmindustrie durch diese Besichtigung gewonnen wurden, dazu beitragen werden, bei der Neuberatung der Lustbarkeitssteuerordnungen, die durch die Normativbestimmungen des Reichsrats jetzt vorgeschrieben sind, dahin zu wirken, daß die berechtigten Wünsche der Lichtspieltheaterbesitzer Berücksichtigung finden.

Wie Schriftsteller geschätzt werden. Der dänische Schriftsteller Niels Jeppesen hat kürzlich, wie er in der Nordisk Forfatter Tidende“ erzählt, folgendes lustige Erlebnis gehabt: Als ich so berichtet er, vor einiger Zeit in Kopenhagen war, ging ich eines Tages zufällig an einem Antiquariat vorbei und bekam Lust, hineinzugucken. Ich glaubte, vielleicht die eine oder die andere Rarität in den wohlgefüllten Schränken zu finden. Da fällt mein Blick auf ein Buch von Sophus Michaelis, und ich sage zu dem Buchhändler: „Ist das nicht ein hervorragender Künstler?“

Der Buchhändler schüttelte den Kopf und sagt überzeugt: „Nein, er hat keine Zukunft. Er ist zu großschnauzig. Wenn ich ihm Bücher zur Ansicht bringe, dreht er mir den Rücken zu und hält es nicht für nötig, mir zu antworten.“

„Aber der da“, fahre ich fort und zeige dabei auf ein Buch von Johannes v. Jensen.

„Ja, der, das ist ein feiner Kerl. Wenn ich zu ihm hinaufkomme, bietet er mir immer eine Zigarre an und bittet mich, Platz zu nehmen. Er ist sehr begabt.“

Plötzlich sehe ich einen von meinen eigenen Romanen und frage mit einem diplomatischen Lächeln:

„Hat der hier eine Zukunft?“

„Nein“, antwortete der weise Buchhändler „Der nicht; der ist tot“.

Sein eigener Duellant. Ganz Paris lacht über das Revolverduell, das nach einer Meldung des „Bon Soir“ zwischen zwei Journalisten, Marcel Coulaud und Rene d'Yrelle, wegen „ernsthafter Differenzen“ im Bois de Boulogne stattfinden sollte. Ein feierlicher Zug von Droschken mit neugierigen Zuschauern war an der Stelle anwesend und ebenso die Polizei mit einem starken Aufgebot, um den Zweikampf zu verhindern. Aber zur größten Enttäuschung erklärten die Sekundanten, daß das Duell nicht stattfinden könne, da Herr Marcel Coaulaud und Herr Rene d'Yrelle ein- und dieselbe Persönlichkeit seien und es sich nur um eine gelungene Verspottung der französischen Parade- und Reklamedueller handelte.

Eine neue Dürer-Zeichnung gefunden. Dem Britischen Museum in London ist es jetzt gelungen, für die einzigartige Dürer-Sammlung seines Kupferstichkabinetts eine bisher unbekannte Zeichnung des Meisters zu erwerben. Es ist ein Blatt aus dem berühmten Skizzenbuch, das Dürer während seiner niederländischen Reise 1520 bis 1521 mit sich führte und in das er mit dem Silberstift Zeichnungen sorgsamster Art eintrug. Auf dem neu aufgefundenen Blatte, das nun nach London kam, sind auf beiden Seiten Stilleben dargestellt. Das können die Engländer sich leisten. Wir ausgepowerten Deutschen müssen die Ausgrabungen des Archäologischen Instituts in Athen wegen Mangel an Mitteln einstellen.

Zitate.

Stell dich in Reih und Glied, das Ganze zu verstärken,
Mag auch, wers Ganze sieht, dich nicht darin bemerken.
Das Ganze wirkt, und du bist drin mit deinen Werken.
Stell dich in Reih und Glied und schare dich den Scharen;
Und teilst du nicht den Ruhm, so teilst du die Gefahren.

Friedrich Rückert.

Keine engen Egoisten dürfen wir sein; aber keine Phantasten, die für andere sorgen und nicht an sich selbst denken, die von Begeisterung überfließen, wenn sie die kommenden Jahrhunderte anreden, und den Nachbar vergessen und die nächste Zeit versäumen und überkollern. Carlyle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0003

Helios Merseburg?

Männerhemden, gestr. Barchent, 42 Mk., zu verkaufen. Berke, Rudolf-Haymstr. 32

Ata

Henkel's Scheuerpulver

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.

Fussbälle.

Spezialität: Prima Panzer-Kern-Chromleder (chromlohgare Gerbung) anerkannt erstklassig
Jungmann-Hüllen, Gummi-Blasen, pa., Faustbälle, Schleuderbälle.
Fussballstiefel, Jugendstiefel, Rennschuhe, dauerhaft, billig.
Dress, Hosen, Stutzen, Schienbein- und Knieschützer, Hockey-Stöcke usw.
J. Schärer & Cie., Gr. Ulrichstrasse 40, I, Eingang Kaulenberg. Solide Ware. Preisliste frei.

Oefen

in allen Ausführungen, schwarz und emailliert, zum Heizen und Kochen.
Kochherde, gußeis. Wasch-Kessel, Rieschel's Patent-Gruden.
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. Fernruf 6138.

Eine gute Uhr u. Gold, Silber, Metall, große Standuhren, Zimmeruhren, ein zuverlässig. **Wecker** geprüft, reguliert, kauft man billig beim Uhrmachermeister **H. Schindler,** Kl. Ulrichstr. 35.

Einzige Heil-Solquelle stark radiumhaltig
Solbad Fürstenthal
Robert-Franz-Str. 10. Telephon 2640.

Zoo.
Donnerstag, den 27. Oktbr. 1921, abends 8 Uhr.
1. Gesellschafts-Konzert
ausgeführt vom
Philharmonischen Orchester
Leitung **Benno Plätz.**
Solist: **Julius Bethage,** Soloklarinettist der Staatskapelle Dessau.
Eintrittspreis 4 Mark. Dauerkarteninhaber frei.

Philharmonie (E. V.).
Thaliasaal — Freitag d. 4. Nov., abends 1/8 Uhr:
I. Sonderkonzert
Liederabend der Kammersängerin
Elisabeth Rethberg
von der Dresdner Staatsoper.
Franz Schubert: „Die schöne Müllerin"
Am Blüthnerflügel: Hofkapellmeister Hermann Kutzschbach-Dresden.
Karten zu 15, 12, 10, 6 Mk. bei Hothan.

Meiner geehrten Kundschaft, Freunden und Bekannten zur Kenntnis, das ich unter
No. 4189
am Fernsprechnetz angeschlossen bin.
K. Fallenbacher, Kokosfett-Fettwaren, Angerweg 1
Sämtliche Bestellungen werden frei Haus geliefert

Vereins-Anzeiger

zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen der Sozialdem. Partei.

Bezirksverband Halle. Hart 42/44. Fernruf 6900.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Weißenfels. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr im „Hermannsgarten" **Frauen-Versammlung.** Genossin Röpert-Halle spricht über den Bericht von der Frauenkonferenz in Görlitz". Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, mit seiner Frau zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Merseburg. Ortsverein SPD. Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr im „Parteihaus" **Funktionärsitzung.** Bezirksleiter, Bildungsausschuß, alles erscheinen. **Der Vorstand.**

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 27. Oktober. Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr
Meine Frau - das Fräulein
Operettenschwank von Beutten.
Freitag **Zwangseinquartierung**

O.T.

Steinweg 12.
Täglich ab 4 Uhr:
Deutschlands größter Kunstfilm
Hamlet!
Die Tragödie des dänischen Königshauses in
7 Akten.
Asta Nielsen
in der Hauptrolle **als Hamlet.**

Aelterer, tüchtiger, selbständiger
Dreher
für Werkzeugmacherei ist für dauernde Beschäftigung gesucht.
Bühring Aktiengesellschaft, Landsberg, Bez. Halle.

Haltbare Damen-Taschen in großer Auswahl und prima Leder preiswert und gut — nur — bei
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezialgeschäft nur Schmeerstrasse 19.

Arbeitsamt Eisleben

Herreustraße Nr. 10, Zimmer 12. Fernspr. 131
sucht:
Männliche Abteilung: Dachdecker, Förderleute für Kali, Friseurgehilfen, Kempner, Maurer, Maler, Maschinenschlosser, Schmiede, Ringer, Stellmacher, Tischler, Tapezierer, Zimmerleute. **Abt. für Landwirtschaft:** Knechte, ledig, Kutschungen, Kuhfütterer, led., Schweizer, ledig. **Weibliche Abteilung:** Aufwartungen, Dienstmädchen für alle Berufsarten, Hausmädchen für Güter; Mädchen für Haus u. Stall, Melkerinnen für Güter, Wäscherinnen, Lernende, für Landesheilanstalt, 1 Stubenmädchen für Gut, Wirtschafterinnen, einfache.

Stellen finden.

Kammacher, Feiler und Schleifer
auf Horn-Frisierkämme stellt ein
Curt Kermeß, Kammfabrik, Fichtenhainichen b. Rositz (Sachs.-Alt.)

Maurer und Zimmerleute
für hiesige u. auswärtige Baustellen sof. gesucht.
Carl Lingesleben, Baugeschäft, Dryanderstraße Nr. 34.

Merseburg.
Ein Expedient und ein Austräger
sofort gesucht,
Meldungen im Partei-Büro Lauchstedterstraße 30.

Lehrfräulein
aus guter Familie sucht
C. Barthel
feine Herrenartikel. Leipzigerstr. 14.

Wratzke u. Steiger Hoflieferanten Poststrasse 9/10,
Juwelen — Gold — Silber.

Helios Merseburg?

„Cobu". Cocos-Pflanzen-Butter MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F. A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Margarine-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H.
Halle a. S., Magdeburgerstr. 51.
Fernsprecher 3060.

Herren-Hüte

kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Franz Zenk
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Fabrik-Niederlagen: Halle a. S. Leipzigerstraße (Ecke Poststraße 1.) Kleiner Berlin 1—2. Merseburgerstr. 161 (an der Königstr.)
Gegründet 1910.

SPARKASSE

der mittel-deutschen Bauzentrale, gemeinnützige Zentralgenossenschaft für das mitteldeutsche Baugewerbe
verzinst Einzahlungen bei der Annahmestelle der Verbandsbaugewerblich Genossenschaften Halle a. Saale, Grosse Märkerstrasse 15
mit 5 Prozent.

Grosser Räumungs-Ausverkauf
in getragener
Herren- u. Damenkleidung, Schuhe, Stiefel usw.
zu weit herabgesetzten Preisen.
W. bukas, Merseburg
Seitenbeutel 3 II. Kein Laden.

Leder-Sohlen, billigste Preise. Schuh-Creme. **Schuhe nach Maß,** beste Qualität Gummi-Absätze.
F. Noah, Leipziger Str. 10, Ecke Gr. Sandberg, (Café Zorn gegenüber).

Von morgen Donnerstag früh ab stehen fortwährend prima **hannoversche Ferkel und Läuferschweine** billig zum Verkauf.
Gebr. Kohlberg, Halle S. Gasthof Goldene Rose Rannischstr. 19. Tel. 6842.

Reparaturen an **Uhren Golds und Silberwaren,** sowie Schmucksach. übernimmt bei o. id. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Steinstraße 85. gegenüber Barfüßerstraße.

Gesellschaftsspiele, Selbstbeschäftigungsspiele, Bilderbücher, Märchenbücher, Modellierbogen aller Art empfiehlt
Alb. Hentze, 24 Schmeerstr. 24

Musikinstrumente aller Art für hervorragende Güte **Max Dörfel, Klingenthal** i. Sa. Preisliste frei.

Mitesser Pickel im Gesicht u. am Körper beseitigt rasch u. zuverlässig Zucker's Patent-Medizinal-Seife. Nach jeder Waschung m. Zucker's Creme nachbehandeln. Frappante Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

An die Einwohnerschaft von Halle!

Der Genfer Beschluß über **Oberschlesien** schlägt dem in der Abstimmung deutlich bekundeten **Volkswillen** ins Gesicht. Wir fordern zu einer **Massenkundgebung** gegen die

Zerreissung Oberschlesiens

auf, am **Donnerstag, den 27. Oktober, 4¼ Uhr** nachmittags auf dem **Hallmarkte.**

Verband heimattreuer Oberschlesier.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Funktionärsitzung der S. P. D. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Wilsdorf.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr Musikunterricht im Mozartheim, Weidenplan. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Sitzung des Gewerkschaftskartells. Es wird nochmals aufmerksam gemacht, daß die für morgen, Donnerstag angesetzte Sitzung des Kartells im „Volkspark" bereits 6½ Uhr beginnt. Der wichtigen Tagesordnung entsprechend wird zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Delegierten erwartet.

Die Eintrittskarten zu der 2. Sondervorstellung des Gewerkschaftskartells im Stadttheater, die am 30. Oktober stattfindet, sind bereits wieder ausverkauft. Ab die Oper „Die versunkene Glocke" noch zum dritten Male zur Aufführung gelangt, soll noch erwogen werden.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 26. Oktober 1921.

Erschwerte Kartoffelversorgung.

85 bis 90 Pfennig das Pfund.

Die Preisprüfungsstelle für den Regierungsbezirk Merseburg in Halle (Stadthaus) schreibt uns:

Die Kartoffelversorgung ist durch die Sperrung des polnischen Korridors im Osten, den starken Bedarf des deutschen Westens und die süddeutsche Mißernte für unser Mitteldeutschland außerordentlich erschwert. Unsere engere Umgebung ist ja leider immer kartoffelarm gewesen; die Versorgung der städtischen Konsumenten mußte aus den Provinzen Posen und Ostpreußen, zum Teil aus der Priegnitz und Mecklenburg erfolgen. Posen ist verloren, Ostpreußen abgesperrt: was an Kartoffeln zu uns kommt, ist deshalb gering. Wenn die einheimischen Kartoffelhändler nicht in die Lage versetzt werden bei der heute bestehenden freien Wirtschaft mit den westdeutschen und süddeutschen Einkäufern zu konkurrieren ist die Versorgung bei uns geradezu gefährdet, da der Kartoffelerzeuger bei den gegenwärtigen Verhältnissen seine Ware den Meistbietenden gibt. Unter diesen Umständen ist ein fester Kartoffelpreis heute leicht eine Gefahr für den Konsumenten; nicht, was die Kartoffel kostet, sondern daß Kartoffeln zu Preisen, die nicht Wucherpreise darstellen, überhaupt zu haben sind, muß das Ziel jeder Versorgungsregelung sein.

Die Bezirkspreisstelle hat unter Würdigung dieser schweren Lage nach Anhörung ihrer Konsumentenvertreter einen Kleinhandelspreis von 80 Pfg. für das Pfund für die Stadtgebiete der vorigen Woche zugelassen und sieht sich veranlaßt, für die laufende Woche vom 26. Oktober bis 3. November 1921 einen Kleinhandelspreis von 85 Pfg. bis höchstens 90 Pfg. für beste Sorten zuzulassen.

Der „Klassenkampf" wieder verboten.

Die kommunistische Zeitung konnte ihren Lesern gestern nur folgende Zuschrift mitteilen:

In der Beilage der Nr. 243 des „Klassenkampfes" vom 17. Oktober 1921 steht ein Artikel, überschrieben mit: „Die Edelsten der Nation." Der Artikel macht den Staat mit den Worten: „Der freieste der Welt" verächtlich, bezeichnet die republikanisch-demokratische Verfassung als eine „Organisch-Republik" und verstößt somit gegen § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. September 1921.

Gemäß fernmündlicher Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 24. Okt. 1921 wird hiermit die periodische Druckschrift „Der Klassenkampf" auf die Dauer von 14 Tagen, und zwar vom 25. Oktober bis einschließlich 7. November 1921, verboten.

Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. gez.: Dölz.

Wir haben noch nie gehört, daß „deutschvölkische" Zeitungen wegen der gleichen Worte, „Der freieste Staat der Welt", in Anführungsstrichen natürlich, oder wegen des Ausdrucks „Schieber-Republik" verboten worden wären, trotzdem diese Ausdrücke in jenen Blättern ebenfalls nur gebraucht werden (und das ziemlich oft), um den Staat verächtlich zu machen.

Notwendig ist es aber unseres Erachtens nicht, daß der „Klassenkampf" den Namen Dölz besonders hervorhebt, weil er einer unserer Parteimitglieder ist. Wir wissen ja, was damit bezweckt wird; aber ebensogut wie man damit gegen unseren Genossen Dölz einen Vorwurf erheben will, könnte man ihn auch gegen den Schutzmann erheben, der dem „Klassenkampf" die Zuschrift überbracht hat. Wenn dieser das ablehnen wollte, hätte er sein Amt quittieren müssen. Eine andere Schlußfolgerung wäre auch Genossen Dölz nicht übrig geblieben, hätte er die Verordnung des Regierungspräsidenten nicht ausführen wollen. Den Gefallen tun wir aber den Rechtsbolschewisten nicht und sind uns dabei sogar der Zustimmung großer Teile der kommunistischen Anhänger sicher, die auch lieber nicht ein Mitglied der Hakenkreuzler dort oben sitzen sehen.

Ueberhaupt sieht uns dieses Verbot, wenn man sich die angeführten Ausdrücke vor Augen hält als eine Intrige rechtsparteilicher Anhänger aus, die nur unter einem preußischen Innenminister wie Dominicus glücken kann. Wenn auch in jenem Artikel der Name Ebert in der bei den Kommunisten üblichen Weise gemißbraucht wird, so müssen wir dennoch erklären, daß wir das Verbot als nicht für aufrecht zu erhalten ansehen.

Strafkammer.

Betrügereien.

Der Landwirt G., der seit zwölf Jahren verheiratet ist, nun aber mit seiner Frau in Scheidung lebt, war von dem Tage der Trennung an wie umgewandelt. Er verübte allerlei Betrügereien und ist wegen dieser Verbrechen schon vorbestraft. Nun hat er sich neuerdings als Inspektor und Verwalter großer Güter ausgegeben, und mit gefälschten Blankoschecks operiert. Er hat überall mit großer Ueberlegung gearbeitet, wenn er nun auch dem Gerichte glaubhaft machen will daß er unzurechnungsfähiger Hysteriker sei, was der Sachverständige entschieden in Abrede stellt. Er hat sich durch die zahlreichen Betrügereien größere Vermögensvorteile verschafft. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine hohe Gefängnisstrafe. Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen Betruges und Urkundenfälschung zu **2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.**

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen den Lagerhalter Artur G. aus Halle verhandelt, der in 2 Fällen fortgesetzt an Personen unter 14 Jahren Sittlichkeitsverbrechen beging, die wegen ihrer ganz ausnehmlich perversen Art besonders abscheulich und für die Betroffenen gefährlich waren. Das Gericht versagt deshalb in Erwägung dieser Tatsachen dem Angeklagten die Zubilligung mildernder Umstände und verurteilt ihn zu **2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.** Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

Schüsse auf einen Zug.

Tausend Mark Belohnung
für die Ermittlung der Täter.

Wie bereits bekannt gegeben wurde, sind am 27. September zwischen Wallwitz und Nauendorf aus dem um 5.20 Uhr nachm. vom Hauptbahnhof hier abfahrenden, dem Arbeiterverkehr zwischen Halle und Könnern dienenden Zuge zwei scharfe Schüsse auf den Speisewagen des in entgegengesetzter Richtung fahrenden D-Zuges abgegeben worden. Als Täter kommen Fahrgäste des Arbeiterzuges in Betracht, die über Wallwitz hinausgefahren und auf einer Haltestelle vor Könnern oder daselbst ausgestiegen sind.

Für die Ermittlung der Täter hat der Herr Regierungspräsident in Merseburg eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Staatsanwaltschaft (zu 6 J. 2339/21)(und die Kriminalpolizei in Halle jederzeit entgegen, ebenso die für den Wohnort zuständige Polizeiverwaltung oder Landjägerstation.

Reichsversorgungsgesetz und Hinterbliebene.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 brachte den deutschen Opfern des Weltkrieges, Beschädigten und Hinterbliebenen zwar nicht die Erfüllung aller Forderungen, jedenfalls aber eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer vorher meist unzureichenden Bezüge. Das Gesetz, das mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist, konnte aus verschiedenen Gründen erst heuer richtig in Vollzug gesetzt werden. Schon lange vorher wurde jedoch alles darangesetzt, um wenigstens den Hinterbliebenen, die am schwersten unter der Not der Zeit litten, die Vorteile des neuen Gesetzes möglichst bald zuzuwenden. Schon am 1. Mai 1920 wurde zu ihren alten Gebührnissen ein laufender Teuerungszuschlag (40 vom Hundert), vom 1. August 1920 an eine weitere, nach Ortsklassen abgestufte, laufende Teuerungszulage (bis zu 70 vom Hundert) gewährt. Bedürftige Hinterbliebene konnten auch durch die Fürsorgestellen Vorschüsse auf die ihnen nach dem Reichsversorgungsgesetz zustehenden, erhöhten Bezüge erhalten. Eine durchgreifende Maßnahme stellte der Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 28. Oktober 1920 dar, der hauptsächlich für Witwen und Waisen eine beschleunigte vorläufige Anerkennung ermöglichte. Da die endgültige Anerkennung (das ist die Ueberleitung der alten Bezüge in Gebührnisse des Reichsversorgungsgesetzes) meist längere Vorarbeiten erheischt, wurden einstweilen in einem vereinfachten und abgekürzten Verfahren, in dem Fürsorgestellen und Versorgungsbehörden zusammenwirkten, die nötigsten Feststellungen getroffen und die Fälle nach ihrer Dringlichkeit gesichtet. Dann setzte das Hauptversorgungsamt die neuen Bezüge umgehend fest und wies sie zur ungesäumten Zahlung an. In Zweifelsfällen wurden wenigstens die Beträge gewährt, die den Berechtigten unter allen Umständen zustanden.

Nachdem die dringendsten Fälle erledigt worden waren, erfolgte seit etwa April 1921 im Bereiche des Hauptversorgungsamtes Magdeburg die vorläufige Anerkennung auf Grund endgültiger Fragebogen und genauer Feststellungen, um die Hinterbliebenen so schnell als möglich in den Genuß der tatsächlich zustehenden vollen Gebührnisse zu setzen. Nur in einzelnen Zweifelsfällen wurde zunächst das Niedrige gewährt.

Endgültige berufungsfähige Bescheide wurden und werden im Interesse der Beschleunigung der Anerkennungen im allgemeinen noch nicht erteilt, weil bei diesem Verfahren wegen der vermehrten Schreibarbeit nur die Hälfte der Fälle erledigt werden könnte.

Heute sind im Reiche insgesamt weit über 800 000 Hinterbliebene, sei es vorläufig, sei es endgültig anerkannt und können sich der Bezüge des neuen Gesetzes erfreuen.

Den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen, deren Dienstleistung vor dem 1. April 1920 beendet worden ist, also insbesondere den Opfern der früheren Kriege, bringt das Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 die Vorteile des Reichsversorgungsgesetzes. Durch einen Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 25. August 1921 ist Vorsorge getroffen, daß diese Hinterbliebenen, die oft wirklich zu den Aermsten zählen, vom 1. Oktober 1920 an vorschußweise die ihnen nach dem neuen Gesetze gebührenden Bezüge erhalten können.

Die Margarine um 7 Mark teurer.

Der Margarineverband E. V., Berlin, teilt mit: Infolge der fortschreitenden starken Entwertung der Reichsmark ist die Margarineindustrie in die Zwangslage versetzt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 5,50 Mark bis 7.— Mark für das Pfund je nach Qualität.

*

Jetzt werden die armen Leute wahrscheinlich auch noch auf den Genuß dieser Butter verzichten müssen, weil auch sie nicht mehr zu bezahlen ist.

Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Kurzschrift in der Hallischen Lehrerschaft. Um nach dem Vorbilde anderer Städte (Berlin, Magdeburg, Brieg, Liegnitz usw.) den Kurzschriftunterricht an den hallschen Volks- und Mittelschulen zu fördern, war Mitte September eine Umfrage an die Lehrerschaft ergangen. Daraufhin hatten sich 56 Lehrer und Lehrerinnen zur Uebernahme des Unterrichts bereit erklärt und zwar 41 nach Stolze-Schrey, 14 nach Gabelsberger und 1 nach Stenzlachygraphie. Am Mittwoch, den 19. Oktober fand eine von Rektor Mansfeld einberufene und geleitete Versammlung, an der auch Stadtschulrat Dr. Truschel teilnahm, in der Martinsschule statt. Es waren außerdem erschienen 32 Vertreter der Stolze-Schreyschen und 4 Vertreter der Gabelsbergerschen Kurzschrift. Nach einem Referat des Mittelschullehrers F. Koßwig über „Was wir wollen", legte Lehrer Karl Schmidt ausführliche „Richtlinien für die Einrichtung und Leitung von Kurzschriftlehrgängen an den hallschen Volks- und Mittelschulen" vor, die nach eingehender Besprechung angenommen wurden. Für jede Schule wurde ein Vertrauensmann gewählt, der für Herbeiführung eines Beschlusses seines Kollegiums im Sinne dieser Richtlinien eintreten soll. Die Schulleiter sollen gebeten werden, die Zahl der Schüler, die sich für Gabelsberger oder Stolze-Schrey melden, bis zum 30. Oktober dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft mitzuteilen. Die beiden Systeme wollen den Systemstreit von unserer Schule fernhalten und in voller Einmütigkeit an dem gemeinsamen Ziele arbeiten, unsere Jugend mit einer für das moderne Wirtschaftsleben so unendlich wertvollen und nützlichen Fertigkeit und Kunst, wie sie die Kurzschrift darstellt, vertraut zu machen. Die Arbeitsgemeinschaft dient dem Zwecke gemeinsamer Aussprache, der Pflege und Förderung stenographisch-methodischer und wissenschaftlicher Fragen. Studienrat Sellheim von der Latina der Franckeschen Stiftungen stellte die Mitarbeit der Lehrer an den höheren Schulen in Aussicht und wurde als deren Vertreter in den Vorstand gewählt. Im übrigen ergab die Vorstandswahl: Rektor Mansfeld (Vorsitzender), Lehrer Schmidt (Schriftführer), Lehrer Hoppe (Schatzmeister), Mittelschullehrer Koßwig (Obmann für Stolze-Schrey), Mittelschullehrer Ahrend (Obmann für Gabelsberger). Beiträge werden nicht erhoben. Anmeldungen nimmt der Vorsitzende entgegen.

Achtung! Handwerksmeister. Am Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Versammlung sämtlicher Handwerksmeister von Halle und Umgebung statt. Tagesordnung: „Der Niedergang des Kleinhandwerks und wie schützen wir uns vor selben." Referent: Schuhmachermeister Emil Faber-Frankfurt a. O., Mitglied des preußischen Landtages.

Sparkasse der Stadt Halle. Vom 1. September bis 30. September ds. Js. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. August ds. Js. 118 471 222.60 Mark gegen 109 621 146,25 Mark im Vorjahre. Einzahlungen vom 1. bis 30. September — 40 061 844,71 Mark gegen 16 634 008,39 Mark im Vorjahre. Zusammen 158 533 067,31 Mark gegen 126 255 154,64 Mark im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 30. September — 35 349 384,40 Mark gegen 12 749 378,27 Mark im Vorjahre. Bestand am 30. September ds. Js. 123 183 682,91 Mark gegen 113 514 776,37 Mark im Vorjahre.

Wem gehört der Brillantring? Ein sehr wertvoller Brillantring wurde einer Person abgenommen, die ihn am 17. Oktober, abends in den Anlagen am Stadtgottesacker in einer Tüte auf einer Bank gefunden haben will. Meldung bei der Kriminalpolizei, Kriminalbezirk 3.

Brennender Schuppen. Gestern nachmittags wurde die Feuerwehr nach Brunswarte 36 gerufen, woselbst in einem Schuppen der Firma Kaestner u. Co., durch Kinder Feuer angelegt war. Nach 1½ stündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Der entstandene Schaden ist bedeutend.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr werden die beiden musikalischen Lustspiele „Die Abreise" von d'Albert, hierauf „Frau Potiphar" von Alfred Rahlwes wiederholt. Donnerstag „Meine Frau — das Fräulein". Freitag abends 8 Uhr „Zwangsexmatrikulierung". Für die Sonnabend-Vorstellung „Das Rheingold" sind wiederum die beiden berühmten Bayreuther Vertreter des Alberich und Mime, Kammersänger Eduard Habich und Kammersänger Dr. Paul Kuhn gewonnen worden. Sonntag nachmittag wird als Vorstellung bei kleinen Preisen Ibsens Schauspiel „Rosmersholm" gegeben, Sonntag abend „Das Dreimäderlhaus".

Freie Volksbühne Halle. 1. Aufführungsreihe, Thalia-Theater, „Nathan der Weise. Spieltage: L.: Mittwoch, den 26., M: Montag, den 31. Oktober.

Joseph Krahé, der beliebte Heldendarsteller am Stadttheater, der nach seinem Austritt am Schluß der vorigen Spielzeit nach Altenburg übersiedelte, ist jetzt nach erfolgreichem Gastspiel als „Faust" für das erste Heldenfach an das Leipziger Schauspielhaus verpflichtet worden.

Zweiter Czernin-Vortrag. Nachdem Herr E. v. Czernin am letzten Sonnabend seine Zuhörer in so überzeugender Weise zu fesseln verstand, wird er heute, Mittwoch, im Logensaale (Paradeplatz) einen zweiten Vortrag halten mit dem Thema: „Okkulte Philosophie als Religion der Zukunft." Karten in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan.

Zoologischer Garten. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet das 1. Gesellschaftskonzert statt. Unter Dirigent, Benno Blütz, hat auch diesmal wieder ein ausgewähltes Programm zusammengestellt. Als Solist wird der von einigen Mittelkindmondkonzerten bestens bekannte Solo-Klarinettist Julius Vorlage von der Staatskapelle Dessau mitwirken.

Könnern (S.). Mitgliederversammlung der S. P. D. Am Sonnabend fand die Mitgliederversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Zum ersten Punkt teilt der Vorsitzende verschiedene geschäftliche Sachen mit, unter andern wies er nochmals auf die Beitragserhöhung hin. Sodann erteilte Genosse Schlüter der Genossin Röpert-Halle das Wort zum Bericht des Parteitages von Görlitz. In 1½stündigem, vorzüglichen Bericht machte Genossin Röpert die zahlreich Erschienenen auf die wichtigsten Beschlüsse des Parteitages aufmerksam. Ganz besonders ging sie auf die Resolution des Parteivorstandes ein, sowie auf das Görlitzer Parteiprogramm. Es entstand nun eine sehr lebhafte Debatte an der sich die Genossen Bürger, Werner, Ecke, Schlüter, Dietzsch und noch einzelne beteiligten. Hauptgegenstand der Aussprache war die heißumstrittene Vorstandsresolution — und das neue Programm. Genosse Werner meinte, das unter allen Umständen der Parteivorstand es für nötig halten müßte, seine Resolution den Mitgliedern im Bezirk vor dem Parteitag zur Stellungnahme zu übergeben. Genosse Schlüter sprach sich dafür aus, daß man den führenden Genossen, welche jeden Tag in der praktischen Arbeit drin sitzen und die Sache doch vom höheren Standpunkt beurteilen können, etwas mehr Vertrauen entgegen bringt, das hat ja auch die einstimmige Wiederwahl des Parteivorstandes bewiesen.

Im Allgemeinen ging die Meinung der einzelnen Redner dahin, daß vor allem versucht werden müßte, die Unabhängigen mit in die Koalition einzubeziehen. Zu dem neuen Programm wurde gesagt, daß es, trotzdem es in so kurzer Zeit geschaffen wurde, wesentlich besser sei, als der erste Entwurf und uns im Kampf eine starke Waffe sein werde. Nach einem Schlußwort der Genossin Röpert und nach Beantwortung verschiedener Anfragen wurde die von gutem Geist beseelte Versammlung vom Vorsitzenden mit kräftigen Worten und mit der Aufforderung, diesen Geist in die Reihen der uns noch fernstehenden zu tragen, in später Stunde geschlossen.

Für die Opfer der Katastrophe in Oppau

quittieren wir hiermit folgende Beiträge:

Ergebnis einer Listensammlung des Genossen Duschebeck, Zeitz 185.— Mark.

Durch Genossin Bach-Weißenfels 180.— Mark.

Um Ablieferung der im Umlauf befindlichen Listen und weitere Beiträge ersucht **Verlag Volksstimme G. m. b. H.**

Voraussichtliches Wetter. Donnerstag: Wechselnd bewölkt mit etwas Niederschlägen und etwas sinkender Temperatur bei starkem Winde. Später heiter und kälter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0005

Provinz und Umgegend.

Beamtenforderungen.

Das Provinzialkartell Sachsen des Deutschen Beamtenbundes hielt am 15. und 16. Oktober eine Tagung in Magdeburg ab. Das Provinzialkartell zählt gegenwärtig 55 000 Mitglieder, die in 140 Ortskartellen organisiert sind. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über die Einstufungsverhandlungen für die Provinz Sachsen war ersichtlich, mit welchen Schwierigkeiten die Beamtenvertreter in Berlin zu kämpfen hatten. Beseitigung der Ortsklassen und Wegfall jeglicher Staffelung, das sei das Ziel, das erstrebt werden muß. In einem einstimmig zur Annahme gelangten Antrag verlangt die Beamtenschaft der Provinz, daß das zum 1. Oktober in Aussicht gestellte Gesetz über die endgültige Ortsklasseneinteilung sofort fertiggestellt und zur Verabschiedung gebracht werde. Jeder Versuch, diesem Gesetz rückwirkende Kraft nehmen zu wollen, wird mit Entschiedenheit bekämpft werden. Ablehnend dagegen verhielt man sich zu einem Antrag, zu verlangen, daß die durch die Regierungsvorlage höher gestuften Orte auf dem Wege der Verordnung sogleich in den Genuß der Nachzahlungen gelangen sollen, nachdem das Gesetz dem Reichstag zugegangen ist. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu ergreifen zur Einsetzung eines Arbeitsausschusses, der in den ländlichen Kreisen Lehrkräfte zur Aufklärung der Beamtenschaft in gewerkschaftlichen, wirtschaftspolitischen und beamtenrechtlichen Fragen organisiert.

Im Anschluß an die Referate des Regierungsrats Dietrich (Kassel) über die Ortsklassenfrage und des Bundesdirektors Remmers über die Politik des Deutschen Beamtenbundes wurde dem Vorstand eine Entschließung zur Erledigung übergeben, in der die Beamtenschaft fordert, bei Festlegung der Einkommensbezüge genügend beachtet zu werden. Sie hielt fest an den Forderungen des Deutschen Beamtenbundes, die nur ein Mindestmaß darstellen, und verlangt Vertretung dieser Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln. Namentlich verlangt die Beamtenschaft Berücksichtigung der besonderen Notlage der untern Besoldungsgruppen und Wegfall der Staffelung der Teuerungszuschläge und Kinderzulagen nach Ortsklassen.

Wir fragen!

Am Dienstag hat in Halle eine vom Landbund einberufene Versammlung der Land- und Kleinstadtbeamten stattgefunden. Zur Diskussion wurde dort die Besoldungsfrage der Land- und Kleinstadtbeamten erhoben. Trotzdem die Deutschnationalen sich gerade in den entscheidenden Sitzungen im Plenum des Parlamentes, wie in den einzelnen Kommissionen für eine besonders günstige Staffelung der höheren Beamtengruppen einsetzten und dabei natürlich die mindestens eben so großen Lebensrechte der unteren und mittleren Beamten vergessen haben. Trotz der schönen Agitationsreden eines Rektor Hermann sind die Deutschnationalen (die Vertrauten des Landbundes) nicht für eine erforderliche Erfassung des Besitzes zu den Steuerlasten eingetreten. Sie machen es daher dem Staat unmöglich, auch seine Beamten würdiger zu bezahlen. Außerdem haben dieselben Leute ja nicht einmal das bestehende Budget bewilligt und sind daher auch ernstlich als Kritiker nicht in Betracht zu ziehen. All diese Fragen sind natürlich in der betreffenden Landbeamtenversammlung nicht aufgerollt worden. Zweck dieser Versammlung ist gewesen, den Beamtenbund zu sprengen, die Landbeamten zum Anschluß an den Landbund zu bringen und dem Abgeordneten Hermann-Friedersdorf, sein Mandat für den Landtag zu sichern. Zu dieser Versammlung ist nun von der hohen Regierung in Merseburg auf dem Dienstweg durch die Kreisschulinspektoren eingeladen worden. Dabei ist auch von der Portoablösung (Dienstmarken) Gebrauch gemacht worden, und den Lehrern bereitwilligst Urlaub erteilt worden.

Wir fragen die Regierung in Merseburg, ob ihr etwas von diesem Mißbrauch der staatlichen Einrichtungen bekannt ist.

U. A. w. g.

Merseburg—Querfurt—Weißenfels—Zeitz.

Weißenfels. Frauenversammlung. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 7½ Uhr findet im Restaurant „Hermannsgarten" eine Frauen-Mitgliederversammlung statt, in welcher Genossin Roppert-Halle den Bericht über die Frauenkonferenz in Görlitz erstatten wird. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, mit seiner Frau zu erscheinen, denn gerade in Weißenfels liegt die Frauenbewegung noch sehr im argen. In letzter Zeit läßt der Besuch der Mitgliederversammlungen viel zu wünschen übrig, vor allem ist das von den Frauen zu sagen. Genossen, das muß anders werden, es ist nicht nur mit der Beitragsleistung abgemacht. Nein, jedes Mitglied hat die Pflicht, für die Partei bezw. für den Ortsverein zu werben und dazu gehört vor allem der Besuch der Mitgliederversammlung. Darum nochmals, Genossen, sorgt, daß eure Frauen zu dieser Versammlung erscheinen.

Bottendorf: Oeffentliche Versammlung. Am Sonntag, den 23. Oktober, sprach hier der Genosse Landtagsabgeordneter Drescher, Halle, über die politische Lage. Redner verwies gleich zu Anfang seiner Ausführung auf den erfolgten Rücktritt der Reichsregierung, wovon die Anwesenden wenig erbaut waren. Dieselbe Stimmung zeigte sich, als der Referent die Oberschlesische Frage behandelte. Auch die Kartoffelnot und die Steuerfragen waren kein angenehmer Beratungsstoff. Scharf kritisierte der Redner die Steuerscheu der Besitzenden und beleuchtete kurz die heutigen Einkommensverhältnisse des früheren Kaisers. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden dem Vortrag, dessen Sachlichkeit und Wärme einen guten Eindruck hinterlassen hat.

Naumburg—Eckartsberga.

Naumburg. Arbeiter-Samariter-Kolonne. Mittwoch, den 26. Oktober, abends ½8 Uhr, findet im Restaurant zum goldenen Hahn unsere Monatsversammlung statt. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen, da eine sehr wichtige Tages-Ordnung vorliegt. Die für heute angesetzte Uebungsstunde fällt der Versammlung halber aus.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte.

Von der Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene des Mansfelder Seekreises wird uns geschrieben:

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene, gemäß Erlaß im Reichsverordnungs-Blatt 1921, Nr. 1048, kann für den Mansfelder Seekreis erst Anfang November 1921 erfolgen. Den Empfangsberechtigten werden dann die Teuerungszuschüsse für die Monate August bis einschließlich November 1921, also für 4 Monate, in einer Summe im Postscheckwege zugestellt. Die Verzögerung in der Auszahlung ist einesteils darauf zurückzuführen, daß der Personenkreis durch den Nachtragserlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 10. Oktober 1921 eine bedeutende Erweiterung erfahren hat und anderenteils bei Vergzögen von den betreffenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der Fürsorgestelle eine Mitteilung darüber nicht gemacht worden ist. Im letzteren Falle haben sich über die in Frage kommenden Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen umfangreiche Feststellungen notwendig gemacht, welche bisher noch nicht ganz zum Abschluß gekommen sind. Aus diesem Grunde werden sämtliche Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gebeten, künftig jede Wohnungsveränderung, sofern der Wohnsitz an einen anderen Ort verlegt wird, der Fürsorgestelle mitzuteilen. — Diese Benachrichtigung erfolgt nur deshalb, um Beunruhigungen über die Auszahlung der Teuerungszuschüsse in den Kreisen der Kriegshinterbliebenen des Mansfelder Seekreises vorzubeugen.

Eisleben. Die Fortbildungsschule und die Handwerksmeister. Einen stürmischen Verlauf nahm eine am Montag abend im Sitzungssaale des Rathauses einberufene Konferenz des gewerblichen Fortbildungsschulvorstandes mit den Vertretern des Handwerks. Die Unterlage der Verhandlungen sollte abgeben die in voriger Stadtverordneten-Sitzung nochmal zurückgestellte Schulgelderhöhung. Die Handwerksmeister lehnten diese Vorlage glattweg ab. Das war auch der Charakter, der in ausgeprägter Form in jener Sitzung sich offenbarte. Der Klempnermeister und Stadtverordnete Krone gilt als der Wortführer in diesem Sinne, der sich in der letzten Stadtverordnetensitzung darüber beschwerte, daß das Handwerk — nämlich er — nicht gefragt sei. Es war bei der vorhandenen Stimmung ohne weiteres klar, daß auch in dieser Sitzung nichts Ersprießliches zutage gefördert werden würde. Als der Gedanke der Berufsschule erörtert werden sollte, kam es zum Platzen. Die Sitzung lief auf. Als schließlich einige Handwerksmeister doch noch im Saal bleiben wollten, rief Herr Krone: „Wollt Ihr Eurem Führer nicht folgen!" Na, man kann schließlich mal „tolerant" sein. Herr Krone muß ja wissen, daß er eine geborene Führernatur ist — wohlan es sei — ob er sich selbst in der geschaffenen Situation wohl befindet, ist zu bezweifeln. Die heutige Stadtverordnetensitzung entscheidet!

Eisleben. Erhöhung der Sachbezüge! Vom Versicherungsamt geht uns eine Bekanntmachung zu, wonach mit dem 1. Oktober der Wert der Sachbezüge erhöht wird. Für unsere Stadt sind folgende Sätze festgesetzt: In Gruppe 1 der Versicherten, vom Betriebsbeamten bis zur Haushälterin: Beköstigung pro Tag 7,75, pro Jahr 2828,75 Mark, Wohnung Tag 1,10, Jahr 401,50 Mk., Heizung Tag 0,40, Jahr 146 Mk. Die Heizung bleibt bei allen drei Gruppen gleich. In Gruppe 2 vom Gewerbegehilfen bis zum Arbeiter: Beköstigung Tag 7,25, Jahr 2646,25 Mark, Wohnung Tag 1,—, Jahr 365 Mk., in Gruppe 3 vom Dienstboten bis zur Näherin: Beköstigung Tag 5,25, Jahr 1916,25 Mk., Wohnung Tag 0,80, Jahr 292,— Mk. Bei teilweiser Beköstigung ist zu rechnen: für das erste Frühstück: 10 Proz., für das zweite Frühstück: 15 Proz., für Mittag: 40 Proz., Vesperbrot: 15 Proz., Abendbrot: 20 Proz. der vollen Beköstigung. Die Bewertung des Kohlen-Deputats hat nach dem jeweiligen Handelsgroßpreis, abzüglich 10 Prozent zu erfolgen. Getreide-, Hülsen- und Oelfruchtdeputate sind zu den Preisen zu bewerten, die der Arbeitgeber beim Verkauf durchschnittlich erzielen würde, abzüglich 10 Proz. Kartoffeln sind zu den Preisen zu bewerten, die der Arbeitgeber durchschnittlich erzielen würde, abzüglich 25 Prozent. Für weitere Berufsgruppen mit regelmäßigen Verhältnissen der Sachbezüge wird Einzelprüfung und Festsetzung vorbehalten. Mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird die frühere Anordnung über Festsetzung des Wertes der Sachbezüge vom 11. Juni 1920 aufgehoben.

Gerbstedt. Aus dem Stadtparlament. Zur Beratung standen drei Anträge, die in die bestehende Tagesordnung mit eingeschoben wurden. Zwei waren von unseren Genossen gestellt, einer von den Kommunisten. Der erste Antrag forderte die Anschaffung einer republikanischen Stadtfahne, der zweite die Ueberweisung von 500 Mark für die Oppauer Opfer und der dritte (kommunistische) die Bereitstellung von 300 Mark für die Hungernden in Rußland. An die Stelle des verstorbenen deutschnationalen Stadtverordneten Wille wurde dessen Nachfolger Dölz eingeführt und in den Sparkassenvorstand gewählt. Vom Internat. Bund der Kriegsopfer lag ein Gesuch vor, den Kriegshinterbliebenen Geldmittel zur Verbilligung der Kartoffelpreise zur Verfügung zu stellen. Unsere Genossen erweiterten diesen Antrag sofort und beantragten, auch den in unserem Ort wohnenden notleidenden Berginvaliden, Witwen usw. unter die Arme zu greifen. — Es wurde dann beschlossen, 15 000 Mark für diesen Zweck auszuwerfen. Die Verteilung sollen Magistrat, Finanzkommission und die Fürsorge der Kriegsbeschädigten vornehmen. Einem Gesuch der städtischen Arbeiter, ihren Tagelohn von 9 auf 15 Mark zu erhöhen, wurde stattgegeben. Nun kam unser Antrag zur Beschaffung einer Fahne in den republikanischen Farben zur Beratung. Die beiden deutschnationalen Stadtverordneten stimmten, wie vorauszusehen war, dagegen, daß aber der demokratischleinwollende Stadtverordnete Ohmer auch auf seinem Hosenboden sitzen blieb, fiel allgemein auf. Was ist auch von der Fraktion „Drehscheibe" anders zu erwarten. Unser Antrag, nach Oppau 500 Mark zu senden, wurde einstimmig angenommen. Der Antrag, der hungernden Bevölkerung Rußlands 300 Mark zu spenden, wurde gegen die Stimmen der beiden deutschnationalen Herren und des Demokraten angenommen. Der Vorschlag unsererseits, das Geld durch Vermittelung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam zu überweisen, schien den Kommunisten nicht recht in den Kram zu passen, doch um den ganzen Antrag nicht zu gefährden, stimmten sie schließlich mit süßsauerer Miene zu. Dann folgte geschlossene Sitzung.

Sangerhausen. Stadtagrarischer Eigennutz. Auch unsere Stadtagrarier stehen wie anderwärts auf hoher Warte, des Geldverdienens nämlich: Trotzdem wir unsere Flur in der sog. „Goldenen Aue" zum großen Teil liegen haben, der Bodenertrag also ein guter ist, müssen die „Alleinpatrioten" wuchern aus dem ff. Nicht einmal unsere sozialen Einrichtungen, das Krankenhaus und die Kinderbewahranstalt konnten von unseren Landwirten Kartoffeln erhalten. Und der Grund: Von diesen Anstalten konnte man doch nicht gut 60 und 70 Mark für den Zentner fordern, darum verschob man lieber seine Kartoffelvorräte nach auswärts, denn die Agenten überboten sich ja im Preise. Natürlich, mußte die Stadt sich nun an die Händler wenden, um die nötigen Vorräte hereinzubekommen, die per Zentner noch einen Verdienst von 10 Mark einheimsten. Der Stadt aber kostet dies ein Stück Geld, wenn aber der Steuerzahler dann den Geldbeutel aufmachen muß, dann schreit die reaktionäre Meute: daran hat die Revolution die Schuld und die Sozialdemokratie!

Kelbra. Konzert. Wir sind in unserem kleinen Städtchen gewöhnt, von guter edler Kunst, sei es Musik oder Gesang, gemieden zu sein. Wa sin Kelbra zur Blüte gelangt ist, betrifft Kino und Kabarettvorstellung. Läßt sich ein Wirt mal von dem Bestreben leiten, der edlen Kunst Tür und Tor zu öffnen, so wird das nicht in genügender Weise unterstützt. So konnten wir wieder diese unerfreuliche Erscheinung beobachten, bei dem Konzert, welches am Sonnabend abend im Lindenhof vom Nordhäuser Gesangsquartett Liederhort veranstaltet wurde. Das Programm enthielt eine Anzahl Kunst- und Volkslieder, sowie mehrere Solis für Tenor und Bariton. Es waren Perlen aus dem Liederkranze, welche uns in gesanglicher Beziehung geboten wurden. Der Zusammenklang der Stimmen inbezug auf Tonreinheit, gute Textaussprache, konnten wir in dem Vortrage der Lieder „Die Abendglocken rufen" von Abt und „Mein Heimatlal" beobachten. Es würde zuweit führen, alle Nummern des Programms zu erwähnen. Wir stellen fest, daß das Quartett die Höhen künstlerischen Schaffens mit Erfolg bestiegen hat. So war das Konzert für die Arbeiter ein Genuß, leider fehlten noch viele, was wir im Interesse des Gebotenen lebhaft bedauern.

Bitterfeld—Delitzsch.

Unterbezirk Bitterfeld-Delitzsch der Arbeiterjugend.

Am Sonntag, den 30. Okt., vormittags 10 Uhr, findet in Bitterfeld (Jugendheim) eine Unterbezirkskonferenz statt. Jeder Ortsverein kann 3. Vertreter entsenden. Die Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung der SPD. Genosse Griethe stellte den zahlreich erschienenen Mitgliedern unseren neuen Parteisekretär Genossen Kämpf vor und erteilte dem Genossen Krüger, Merseburg, das Wort zu seinem Vortrag: „Bericht über den Parteitag in Görlitz." Redner nahm zuerst Stellung zur Frage der Koalitionsbildung. Es ist garnicht beabsichtigt, zuerst mit den Rechtsparteien zu koalieren. Das beweist die Anfrage an die USPD. Er erörterte weiter, daß wir jetzt nicht mehr allein Kampf-, sondern zugleich auch Tätigkeitspartei sein müssen. Er beleuchtete kritisch die Mindestforderungen und kam zu dem Ergebnis, daß, wenn die DVP. diese Bedingungen schluckt, wir keine Bedenken mehr zu haben brauchen, eine Koalition mit ihr einzugehen. — Weiter gab er seine Auffassung über den Görlitzer Programmentwurf zum besten. Während das Erfurter Programm ein Kampfprogramm gewesen ist, soll der neue Entwurf die Aufgabe haben, daß wir Stück für Stück unserer Ziele wirklich in die Tat umsetzen. An der Mühsalarbeit im Reichswirtschaftsministerium zeigte Redner, daß wir keine Negationspolitik mehr treiben dürfen. Er pries die Vorteile des neuen Programms gegenüber dem alten, betonte aber auch die Notwendigkeit eines Ausführungs- bezw. Ergänzungsprogramms. Weiter streifte er die Wirtschaftspolitik, Rechtspflege, Kultur- und Schulpolitik. In der Wirtschaftspolitik wollen wir vergesellschaften. An dem Beispiel, betr. die großen Schiebungen Bauermeister, zeigte er, wie schädlich die privatrechtliche Auffassung der Richter ist. Die Erziehung der breiten Volksmassen zur Rechtsauffassung muß einsetzen. Weiter zeigte er, daß es notwendig ist, an Stelle des Vergewaltigungsstrafrechts das Erziehungsstrafrecht zu setzen. Zum Schluß forderte er, daß es Pflicht jedes Einzelnen sein muß, Leben ins Programm zu bringen, es als Fundament zu betrachten und als Waffe. In der sich anschließenden Diskussion legte Genosse Kämpf die Stellung der Partei zum Berufsbeamtentum klar. — Genosse Burhole bedauerte, daß so viele alte Gewerkschaftler immer noch zu sehr nur von den handdätigen Genossen sprechen, während doch zu unserer Partei jetzt weite Schichten von Beamten und Angestellten gehören, die noch einen viel schwereren Existenzkampf zu bestehen haben als viele Handarbeiter. Das Berufsbeamtentum wird bleiben müssen. — Genosse Blum erwartet, daß sich die USPD. endlich von ihrem böswilligen Standpunkte entfernen wird. — Genosse Lebkin erläuterte den Begriff Hand- und Kopfarbeiter und hat letztere, etwas Emotionlichkeit abgestreiten. Genosse Krüger gab noch einmal seine Auffassung über Sittnes bekannt. Wenn der Wunsch laut wird, daß die Abgeordneten für ihre Beamten eintreten sollen, so ist das von seiner Person wohl zu erwarten. Deshalb aber z. B. tritt nur dann für sie ein, wenn er selbst etwas dabei für sich erreichen kann. Das Beamtenvorrecht, die lebenslängliche Anstellung, dürfte sich kein Beamter mehr gefallen lassen. Es besteht nur in einem einseitigen Vertrag mit dem Staate. Die alten Geheimräte und höheren Vorgesetzten fühlen sich schon wieder stark als Obrigkeitsstaatler. Darum, Beamte, fühlt euch mehr als Republikaner! — Z. Kassenbericht. Diesen gab Genosse Wagner. Ihm wurde Entlastung erteilt. 3. Verschiedenes. Die Revolutionsfeier wurde besprochen. Zur Vorsitzenden der zu gründenden Frauengruppe wurde die Genossin Wagner gewählt.

Zörbig. Beamtenversammlung. Am Sonntag hielt der Beamtenverein für Zörbig und Umgegend und das Ortskartell Zörbig des Deutschen Beamtenbundes im Weißen Roß hier eine Mitgliederversammlung ab, die recht schwachen Besuch zeigte, ein Beweis, wie wenig nach immer der gewerkschaftliche Gedanke in die große Menge der Beamtenschaft zu dringen vermocht hat. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Ortskartell-Delegierten über die Tagung des Provinzkartells Sachsen des D. B. B. am 15./16. ds. Mts. in Magdeburg. Die vielleicht von vielen Seiten erwarteten bestimmten Erklärungen über eine in Aussicht stehende Ortsklassenhöherstufung konnte dieser Bericht nicht bringen, da die Verhandlungen zwischen Beamtenvertretern und Regierung noch schweben und der endgültige Regierungsentwurf des neuen Ortsklassenverzeichnisses erst Ende des Monats erwartet werden kann. Um so eindringlicher aber wurde mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Lage der Beamtenvertreter der Regierung gegenüber die Mahnung zur Einigkeit und gewerkschaftlichen Geschlossenheit der Beamtenschaft erhoben, da sonst eine gerechte Lösung der Landbeamtenfrage niemals erreicht werden kann.

Magdeburg. Dreiste reaktionäre Provokation auf der Rennbahn. Beim Reitturnier im Herrenkrug lief am Sonntag auch ein Viergespann von Ackerpferden mit den Namen „Herzengel", „Herzberger", „Herzlump" und „Herzgauner". Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, der zusammen mit dem Regierungspräsidenten auf der Rennbahn erschienen war, erblickte darin eine Verhöhnung des verstorbenen Ministers Erzberger und eine Beleidigung der Reichsregierung und verließ als Protest gegen das Verhalten des Rennvereins zusammen mit dem Regierungspräsidenten die Rennbahn. Die Sache dürfte noch ein Nachspiel haben.

Sport und Körperpflege.

T.-V. „Die Naturfreunde". Dienstag: Musikgruppe fällt aus. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14: Arbeitsgemeinschaft. Sonntag: Tageswanderung nach den Spitzbergen. Ab früh 7 Uhr vom Riebeckplatz.

Bedenke, wohin er führt, bevor Du Deinen Weg gehst.

Werde sofort Mitglied des

Allgem. Konsum-Vereins für Halle und Umgegend.

Sämtl. 34 Verkaufsstellen nehmen Anmeldungen entgegen.
Umsatz 1920/21 20 Millionen. Mitgliederzahl 17 000.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, beide in Halle

Amtliche Bekanntmachungen für Eisleben.

Städt. Obstverkauf.

Der städtische Obstverkauf wird Donnerstag, den 27. Oktober ds. Js. in der Grabenschule fortgesetzt. Ausweis Nr. 1501—5500.

Eisleben, den 26. Oktober 1921. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519211026-19/fragment/page=0006